

Krieg und Frieden (anders) denken

Der Krieg in der Ukraine hinterlässt auch hierzulande seine Spuren: Inflation, Lieferengpässe, eine drohende Rezession und die Unsicherheit darüber, ob und wie wir in diesem Winter angesichts der Abhängigkeit von russischem Erdgas eine möglicherweise bevorstehende Energiekrise abwenden können. Es verwundert daher kaum, dass in der politischen Öffentlichkeit mitunter heftig darüber gestritten wird, wie Deutschland und die EU sich politisch zu diesem Angriffskrieg und insbesondere gegenüber dem russischen Aggressor verhalten sollen. Im Zentrum dieser Debatten steht die Frage, ob und inwieweit Deutschland die Ukraine durch die Lieferung von Waffen unterstützen soll. Während die einen mit Blick auf das damit verbundene Eskalationsrisiko Zurückhaltung gemahnen, treten die anderen entschieden dafür ein, die Souveränität der Ukraine zu verteidigen und ihr auch mit schwerem Gerät – gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie, Hubschraubern und Flugzeugen – zur Seite zu stehen. Die Unversöhnlichkeit beider Positionen wiegt umso schwerer, als beide nachvollziehbare – politische wie moralische – Gründe ins Feld führen (siehe den Kommentar von *Ulrich Bröckling* in diesem Heft). Je mehr die Bundesregierung den Modus der Zurückhaltung zu ihrer praktischen Richtschnur macht, desto zahlreicher und lauter erheben sich denn auch die kritischen Gegenstimmen, um auf die Folgen dieser Zögerlichkeit hinzuweisen und ein politisches Umdenken zu fordern.

In der Politikwissenschaft und insbesondere in den Internationalen Beziehungen (IB) hat der Ukraine-Krieg eine nicht weniger leidenschaftliche Debatte über den Wert verschiedener Theorien entfacht – wobei auffällt, dass die hier vertretenen Positionen auch die Frage nach Waffenlieferungen unterschiedlich beantworten. Während das Lager einer wertebasierten, auf Gewaltverzicht und Diplomatie basierenden Außenpolitik die Waffenlieferungen tendenziell eher befürwortet, scheinen sich gerade die Vertreterinnen und Vertreter des Machtrealismus von solchen Forderungen zu distanzieren. Das mag auf den ersten Blick überraschen, erscheint nach der Lektüre der Beiträge zum Ukraine-Krieg in dieser Ausgabe jedoch durchaus einleuchtend.

Im letzten Heft hat Roland Czada für eine Zeitenwende auch in den Politikwissenschaften plädiert. Er deutet den Krieg als Versagen der in Deutschland dominanten institutionalistischen Theorietradition und schlägt eine Rückkehr zur realistischen Schule der Außenpolitik vor. Mit ihrem Fokus

auf das internationale Kräftegleichgewicht und die rationale Interessenverfolgung von Staaten verfüge sie nicht nur über eine höhere Erklärungs- und Prognosekraft, sondern sei auch besser geeignet, außenpolitisches Handeln anzuleiten und Frieden zu sichern. Sein Text hat mehrere Autoren zum Widerspruch herausgefordert, die wir in diesem Heft abdrucken.

Bernd Ladwig kritisiert in seiner Replik den (Neo-)Realismus zum einen, weil er mit seinem Fokus auf Machtentfaltung und nationale Existenzsicherung die innenpolitischen und ideellen Faktoren für die Entstehung von Kriegen vernachlässige. Zum anderen wirft er Czada unter Bezug auf John Rawls ein reduktionistisches Rationalitätsverständnis vor, das das vernünftige Interesse an normativer Selbstbindung und Diplomatie ausblende und somit die Möglichkeit eines stabilen und nachhaltigen Friedens ausschließe. Zugleich verweist er auf die Grenzen eines solchen Verhandlungsfriedens. Mit dem Angriffskrieg habe Putin jegliche Vertrauensgrundlage als Voraussetzung diplomatischer Lösungen zerstört. Die erfolgreiche Gegenwehr des Aggressionsoffensers sei die einzige – realistische – Option, ihn zurückzudrängen und von seiner revisionistischen Außenpolitik abzubringen.

Auch *Michael Zürn* weist in seiner Erwiderung Czadas Annahme zurück, dass der (Neo-)Realismus im Vergleich zu anderen Theorien der Internationalen Beziehungen grundsätzlich geeigneter sei, um eine Politik der Deeskalation anzuleiten und dadurch zur Friedenssicherung beizutragen. Bestimmte theoretische Schulen der IB würden sich nicht, wie Czada insinuiere, mit klaren außenpolitischen Strategien verbinden, sondern je nach Situation und Kontext zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zwischen Zurückhaltung und Eskalation beziehungsweise Gewaltanwendung gelangen. Zürn argumentiert zudem, dass sich weder der Krieg in der Ukraine noch die starke Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft mit der realistischen Theorie erklären ließen. Der Institutionalismus eigne sich hierfür besser, zumal er den Machtfaktor in den internationalen Beziehungen, anders als es Czada unterstelle, durchaus berücksichtige.

Während Ladwig und Zürn die Argumentation Czadas aus einer liberalen Perspektive kritisieren, geht *Klaus Schlichte* in seinem Beitrag noch einen Schritt weiter, indem er auch auf deren Fallstricke verweist. In Abgrenzung zu beiden Ansätzen liefert er ein drittes Erklärungsangebot für den Krieg vor dem Hintergrund einer kritischen, historisch-soziologischen Perspektive auf die internationale Politik. Er unterscheidet vier Bedingungskomplexe, die einen Beitrag zur Erklärung des Krieges leisten sollen: die Prägung des sowjetischen Raums durch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, den post-imperialen Habitus der russischen Regierung und Bevölkerung, die asymmetrische Figuration in den außen- wie innenpolitischen Verhältnissen

der Konfliktparteien sowie den Konfliktverlauf im eigentlichen Sinne, den er in vier Phasen seit dem Ende der 1980er Jahre unterteilt. Schlichte begreift diesen Analyserahmen als offen für Anpassungen und Ergänzungen, wobei er insbesondere auf das Potenzial feministischer und postkolonialer Perspektiven verweist.

Feministisches und postkoloniales Denken und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils dieses Heftes. Der Beitrag von *Lando Kirchmair* lässt sich im Kontext der seit einigen Jahren intensiv geführten Restitutionsdebatte verorten, in der die Frage verhandelt wird, wie mit Kulturgütern aus kolonialen Unrechtskontexten umzugehen ist. In Deutschland nahm diese kontroverse Debatte vor mehreren Jahren im Zuge der Planungen des Berliner Humboldt-Forums an Fahrt auf, das seitdem für viele zu einem Symbol für die kolonialen Verbrechen Deutschlands und deren mangelnde Aufarbeitung geworden ist. Zwar machen Kritikerinnen und Kritiker der Restitution immer wieder darauf aufmerksam, dass nicht jedes Kunstwerk beziehungsweise Kulturgut als Resultat einer gewaltvollen Aneignung nach Europa gelangt sei. Im Hinblick auf die Benin-Bronzen, um die es in der deutschen Debatte im Wesentlichen geht, besteht mittlerweile jedoch weitgehende Einigkeit. Sie wurden größtenteils gewaltsam geraubt, als die Briten das Königreich Benin 1897 im Rahmen einer Strafexpedition überfallen und den Palast geplündert hatten. Im Juli dieses Jahres gab es für die Befürworterinnen und Befürworter der Restitution entsprechend Grund zur Freude: Deutschland und Nigeria, auf dessen Gebiet sich das ehemalige Königreich Benin befindet, unterzeichneten ein Abkommen zur Rückgabe der in deutschen Museen befindlichen 1.130 Bronzen. Vor diesem Hintergrund fragt sich Kirchmair, ob ein ähnlicher Umgang nicht auch für nicht-materielles Kulturerbe gelten müsse. In seinem Beitrag interessiert er sich für historische Klängaufnahmen, die in Kriegsgefangenenlagern und ehemaligen deutschen Kolonien auf wissenschaftlichen Expeditionen gesammelt und nach Deutschland gebracht wurden, wo sie seitdem im Berliner Phonogramm-Archiv lagern. Er räumt urheberrechtliche Bedenken aus und argumentiert aus einer völkerrechtlichen und kulturethischen Perspektive dafür, diese »geraubten Stimmen« zu digitalisieren und der Weltöffentlichkeit via Open Access frei zugänglich zur Verfügung zu stellen.

Die Restitutionsdebatte ist nur eines von zahlreichen Feldern, die sich der viel größeren gesellschaftlichen Auseinandersetzung um das, was gemeinhin als »Identitätspolitik« bezeichnet wird, zuordnen lassen. Sei es die postkoloniale Umkodierung von fremden Kulturgütern als Raubkunst, die erinnerungspolitische Forderung nach der Umbenennung von Straßennamen oder der Neubewertung von Symbolen im öffentlichen Raum, die feministische,

queere oder anti-rassistische Kritik an diskriminierenden Handlungen und Aussagen von Personen, den Inhalten von Lehrplänen an Hochschulen und Universitäten oder die Infragestellung des generischen Maskulinums – hier geht es nicht um Banalitäten, sondern »ans Eingemachte«: Etablierte gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und Privilegien werden infrage gestellt und das Selbstverständnis sowie die normativen Grundpfeiler der modernen Gegenwartsgesellschaft ins Wanken gebracht. Nur so lassen sich die teils heftigen Reaktionen jener erklären, die in solchen Positionen nicht nur eine übertriebene Verletzlichkeit erkennen, sondern ihnen auch eine antidemokratische Haltung vorwerfen (»Cancel Culture«) und sie auf diese Weise zu delegitimieren versuchen. So beispielsweise auch im Juli, als die Hochschulleitung der Humboldt-Universität zu Berlin einen für die »Lange Nacht der Wissenschaften« vorgesehenen Vortrag einer Biologin über die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen mit Verweis auf »Sicherheitsbedenken« abgesagt hatte, nachdem Studierende der Biologin Transfeindlichkeit vorgeworfen und – als von Seiten des Organisationsteams und der Hochschulleitung keine Reaktion erfolgte – zu einer Demonstration aufgerufen hatten.

Wenn *Albrecht Koschorke* in seinem Beitrag über die Ursprünge und Folgen identitätspolitischer Bewegungen eine Tendenz zur »Selbstviktimsierung« problematisiert, aus der sich ein »offensiver Partikularismus« ableite, »der vor allem auf die Verletzung von Identitätsschranken mit gesteigerter Empfindlichkeit reagiert«, ist anzunehmen, dass er dabei an Ereignisse dieser Art denkt. In seinem Beitrag verortet er die Wurzeln identitätspolitischer Kämpfe in der poststrukturalistischen Theorietradition der 1960er und 1970er Jahre, deren anti-essentialistische und dekonstruktive Impulse ihnen mittlerweile allerdings weitgehend abhandengekommen seien. Die daraus resultierenden Probleme für die ästhetische und politische Repräsentation sowie der damit verbundene Verlust einer universellen Normativität als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenhalts deuten für ihn auf einen »echten Epochenbruch« hin, der das Ende des bürgerlichen Zeitalters und mit ihm der modernen Staatsordnung markiert. Wie ein neuer, »moderner Universalismus« jenseits von Patriarchalismus, Nationalismus und Eurozentrismus aussehen könnte, deutet Koschorke nur vage an. Potenziale sieht er in einem »vertieften Gattungsbewusstsein«, dem eine indifferente Haltung gegenüber menschlichen und kulturellen Unterschieden zugrunde liege.

Marina Martinez Mateo gibt Koschorke in ihrem Kommentar insofern Recht, als auch sie die Notwendigkeit sieht, »nach Modellen eines selbst-reflexiven Für-Andere-Einstehens« suchen zu müssen. Dennoch, so lautet ihre Kritik, würde Koschorke in weiten Teilen seines Textes einem konser-

vativen Phantasma der Identitätspolitik aufsitzen, das sich allein für die (selektive) Perspektive der Kritikerinnen und Kritiker einer sogenannten identitätspolitischen Linken interessiere und für die Begründungen, die differenzierten Debatten und internen Kritiken der beteiligten Personen und Bewegungen blind sei. Sie argumentiert, dass gerade in der vertieften Auseinandersetzung mit letzteren die Chance liegt, den politischen Diskurs aus seinen aktuellen Verhärtungen und Polarisierungen zu befreien und den Antworten auf die repräsentations- und gesellschaftstheoretischen Fragen, die auch Koschorke umtreiben, einen wesentlich Schritt näher zu kommen.

Der Umgang der Humboldt-Universität mit dem oben erwähnten Vortrag zur Zweigeschlechtlichkeit hat viele Fragen aufgeworfen: Wie kommt es, dass die Hochschulleitung offenbar keine andere Reaktion kannte, als den Vortrag infolge der Ankündigung von Demonstrationen abzusagen? Woher rühren die Vorbehalte gegenüber der Protestkultur der Studierenden (die ja nichts Neues ist und eine lange Tradition hat, die sich bis in die 1960er Jahre zurückverfolgen lässt), woher die »Sicherheitsbedenken«? Und viel grundlegender noch: Wie kann es sein, dass das Organisationsteam der »Langen Nacht der Wissenschaften« bei einem so umstrittenen Thema nicht über einen geeigneteren Rahmen für diesen Vortrag nachgedacht hat? Ein zweiter Vortrag beispielsweise, der diesen kommentiert und aus einer anderen, etwa sozialwissenschaftlichen Perspektive ergänzt – und somit verschiedene Positionen in einen ernsthaften Dialog miteinander bringt. Die nachträgliche Aussage der Hochschulleitung, dass »zum Zeitpunkt der Planung [...] das Ausmaß der Diskussion nicht absehbar«¹ gewesen sei, befriedigt kaum. Gerade von einer Universität wäre nicht nur eine ausreichende Kenntnis der gegenwärtigen Debattenkultur, sondern auch mehr Voraussicht und Sensibilität im Umgang damit zu erwarten.

Die Humboldt-Universität hat die Kritik ernst genommen. Sie hat nachträglich eine Podiumsdiskussion veranstaltet, auf der verschiedene Perspektiven zum Thema »Wissenschaftsfreiheit« miteinander ins Gespräch gebracht werden sollten. Doch weder die kritischen Studierenden noch die Biologin haben die Einladung angenommen. Letztere gab auf ihrem Twitter-Account als Begründung an, dass ihr Vortrag »korrekt« gewesen sei und »nicht ›kontextualisiert‹ werden« müsse. Statt am Gespräch teilzunehmen hat sie ihren Vortrag am Nachmittag desselben Tages, ebenfalls an der HU, nachgeholt – einer wissenschaftlichen Diskussion jedoch hat sie sich auch hier verweigert. Die Überlegung aus Kreisen der Universität, in Zukunft Veranstaltungen dieser Art zu kuratieren und bei der Auswahl der Vorträge

1 Siehe www.sueddeutsche.de/politik/cancel-culture-berlin-universitaet-gender-1.5614802 (Zugriff vom 26.07.2022).

verstärkt auf fachliche Expertise zu achten, scheint auch vor diesem Hintergrund keine schlechte Idee zu sein.

Claudia Czingon